Vorabend-Blatt

66. Jahrgang. № 161. Mittwoch, 5. April 1922.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25 241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung oder durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 21,— M., vierteljährlich 63,— M.,
Anzeigen-Preise. Die einspaltige 32 mm breite Zeile 5,— M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige An- u. Verkäufe 25 % Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärt. Aufträge geg. Vorausbezahl. Einzelpreis d. Vorabendblattes 50 Pf.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Rönisch - Phonola - Pianos - Flügel
Dresden-Altstadt, Waisenhausstraße 24

„Rönisch"
ist der Inbegriff aller Tugenden, die ein Klavier nur haben kann. Ein „Rönisch" verbürgt dauernde Haltbarkeit, Kunstgenuß und Freude

Rönisch - Phonola - Pianos - Flügel
Dresden-Altstadt, Waisenhausstraße 24

Das Vertrauensvotum für Lloyd George.

372 gegen 94 Stimmen.

London, 4. April. Am Schluß der gestrigen Unterhaussitzung wurde das Vertrauensvotum für Lloyd George mit 372 gegen 94 Stimmen angenommen. Die unabhängigen Liberalen, die Mitglieder der Arbeiterpartei und einige Unionisten stimmten dagegen. Ein von dem Arbeiterführer Clynes eingebrachter Antrag der Arbeiterpartei, in dem der Regierung das Vertrauen verweigert wird, wurde abgelehnt.

•

Ueber die bereits kurz skizzierte Rede des Premierministers, die der Abstimmung vorherging, werden noch folgende nähere Einzelheiten mitgeteilt:

Lloyd George erklärte, der Vertrauensantrag sei fast derselbe, wie der vor der Washingtoner Konferenz eingebrachte. Im Gegensatz zu Zeitungsnachrichten **habe das Kabinett den Antrag in der Gestalt, wie er ihn eingebracht habe, genehmigt. Wenn der Antrag abgelehnt werden sollte, so müßte eine andere Abordnung Großbritannien in Genua vertreten.** Die Konferenz sei einberufen worden, um die Fragen des wirtschaftlichen Wiederaufbaues Europas zu erwägen, das bis zu einem nie dagewesenen Umfange verarmt sei. Die schon mit Steuern überbürdeten Völker hätten noch mehr Lasten zu tragen, um die Gefahren, die man jetzt fürchte, abzuwehren.

Genua sei bestimmt, die beste Art der Wiederherstellung der Ordnung und der Hebung des Wohlstandes zu prüfen.

Seit der Cannes-Konferenz hätten keinerlei neue Beschränkungen hinsichtlich der Aufgaben der Genueser Verhandlungen Platz gegriffen. Eine Versammlung, wie die in Genua, wäre **nicht geeignet, bestehende Verträge einer Revision zu unterziehen,** auch dann nicht, wenn eine solche wünschenswert wäre. Unzweifelhaft hätten die nach dem Versailler Vertrag vorgenommenen Grenzänderungen neue wirtschaftliche Schwierigkeiten hervorgerufen. Lloyd George **behauptete, die Reparationen hätten eine wirtschaftliche Desorganisation nicht verursacht.** (!) Die Schwierigkeit der Lage sei der Tatsache zuzuschreiben, daß Frankreich und Belgien zerstört worden seien. Wenn der Versailler Vertrag geändert würde, so würde die Last von Deutschland auf Frankreich und Belgien verschoben werden. Lloyd George fuhr fort: Wenn wir auf Zahlungen beständen, die die Tragfähigkeit eines durch den Krieg erschöpften Landes überschreiten, so würden wir die Krise beschleunigen, die nicht auf Deutschland beschränkt sein würde, aber es ist zu erwägen, daß Deutschlands äußerste Zahlungsfähigkeit nicht nach seiner Fähigkeit in der Gegenwart zu beurteilen ist, wo es ebenso wie das übrige Europa mit der Erholung von der Erschöpfung durch den Krieg kämpft. Auch sind diese Fragen nicht dazu angetan, in Genua entschieden zu werden.

Frankreich kann auf das Recht einer Entschädigung entsprechend dem Versailler Vertrage nicht verzichten.

Diese Fragen können dem Urteil einer Konferenz, auf der Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Rußland und die Neutralen vertreten sind, nicht unterbreitet werden.

Die wirtschaftliche Lage Europas sei besonders berührt worden 1. durch die Frage der neuen Grenzen und 2. durch das Reparationsproblem. Die neue Ordnung der Grenzen bestehe hauptsächlich in der Rückerstattung Elsaß-Lothringens an Frankreich, die in wirtschaftlicher Beziehung eine große Veränderung bedeute. Dann sei Polen wiederhergestellt worden, und endlich seien die slawischen Bevölkerungen des vormaligen Oesterreich-Ungarn als unabhängig anerkannt worden. Lloyd George sagte, er nehme nicht an, daß irgendein Mitglied des Hauses wünsche, daß Elsaß-Lothringen an Deutschland zurückgegeben werde. Unbestreitbar hätten die Grenzveränderungen neue wirtschaftliche Verwicklungen geschaffen. Die neu entstandenen Bevölkerungen hätten naturgemäß das Recht, Freiheit in fiskalischer und wirtschaftlicher Beziehung zu genießen.

Lloyd George erklärte weiter: Eins der wesentlichsten Probleme sei die Wiederherstellung des internationalen Handels. Die Tatsache, daß dieser niedergebrochen sei, berühre Großbritannien ganz besonders. Eine der ersten Aufgaben, die in Genua in Angriff genommen werden müssen, sei die Wiederherstellung der Wechselkurse. Vor allem aber sei wesentlich, daß ein wirklicher Friede unter den Nationen wiederhergestellt werde. Zur russischen Frage übergehend, erklärte Lloyd George, Deutschland könne nicht die vollen Reparationsforderungen zahlen, bevor Rußland wiederhergestellt sei. Auch

Rußland

könne nicht sofort bezahlen. Niemand erwarte dies. Aber es müsse seine Verpflichtungen anerkennen. Es müsse sich verpflichten, keinerlei aggressive Handlung gegen die Grenzen seiner Nachbarn zu unternehmen. Wenn unter gewissen Bedingungen der Friede mit Rußland zustande kommen sollte, so werde dieser zur Ratifizierung dem Unterhause unterbreitet werden.

Dies würde keine weitere Anerkennung der russischen Regierung bedeuten, bis das Unterhaus seine Genehmigung dazu erteilt habe. Es sei nicht Sache der britischen Regierung, der Genueser Konferenz zu diktieren. Bevor das Unterhaus die Ratifizierung vollzogen habe, könne keinerlei Aenderung in der Vertretung oder der diplomatischen Anerkennung der russischen Regierung Platz greifen. Im Falle der Ratifizierung würde das Verfahren dasselbe sein, wie es im Falle Deutschlands nach Unterzeichnung des Friedensvertrages befolgt worden sei. Dies würden die Bedingungen sein, die die britische Delegation in Genua unterbreiten werde. Lloyd George schloß: Wir haben bis jetzt unser Bestes getan, um mit Frankreich im gleichen Schritt zu gehen. In der Behandlung Rußlands haben wir alle vernünftigen Bedenken gegen Leute, die alle Gefühle verletzt haben, in Betracht gezogen. Wir schlagen diese Maßnahme vor, da das englische Volk sie fordert und Europa sie braucht.

Die deutsche Antwort auf die Schutzpolizei.

Neue Besprechungen mit den Vertretern der Länder. — Keine Genua-Vereinbarung mit Rußland.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 4. April. Während der Pressechef der Reichsregierung, Ministerialdirektor Müller, bereits morgen nach Genua abreist, erfolgt die Abreise der übrigen Delegierten am Sonnabend. Ihnen wird sich Reichskanzler Dr. Wirth von Baden aus anschließen. **Die Angaben, daß zwischen der Reichsregierung und der russischen Delegation ein gemeinsames taktisches Vorgehen in Genua vereinbart werden solle oder vereinbart worden sei, wird uns von zuständiger Stelle als falsch erklärt. Unrichtig ist auch, daß bereits eine inoffizielle Fühlungnahme wegen eines deutsch-russischen Handelsvertrages erfolgt sei.** Die Note, mit der die von der Reparationskommission geforderten 60 Milliarden neuen Steuern als unmöglich und von den anderen Bedingungen der Eingriff in die Hoheitsrechte der Nation abgelehnt werden, gleichzeitig aber der Weg zu neuen Verhandlungen über die Reparation offengehalten werden soll, wird noch vor Genua ergehen.

Die Note des Generals Nollet vom 23. März über die Schutzpolizei ist bis zum 5. April befristet. Die Beantwortung soll heute erfolgen. Heute mittag versammelten sich hier die Vertreter der deutschen Länder zum zweiten Male in dieser Angelegenheit. Nollet fordert von den einzelnen Ländern die grundsätzliche Anerkennung, daß die Polizei auf die Bestandsziffer des Jahres 1913 zurückzubringen sei. Er besteht auch grundsätzlich keine Kasernierungen und keine neuen Verbände zu, sondern erklärt sich nur zu gewissen Ausnahmen bereit. — Die „B. Z." bemerkt: Es handelt sich nun darum, ob die Vertreter der Länder, die bei der ersten Zusammenkunft vor 14 Tagen einen so ablehnenden Standpunkt eingenommen haben, sich heute entschließen werden, den vom Reichsminister des Innern vorgeschlagenen Entwurf für die Antwort an Nollet anzunehmen. Ihre Zustimmung ist nicht nur von formeller, sondern auch von höchster praktischer Bedeutung, da die Ausführung in den Händen der einzelnen Länder liegt.

Die lettische Delegation für Genua trifft heute, die estnische am 6. April in Berlin ein. — Krassin machte gestern der deutschen Reichsregierung einen Besuch und begab sich dann zur Sowjetmission zu einer Besprechung. Die Stimmung der russischen Delegation ist nach dem „Lok.-Anz." sehr hoffnungsfreudig, denn sie bucht das Ergebnis der Randstaatenkonferenz als einen der größten Erfolge Sowjetrußlands. Die baltischen Länder haben nicht nur die russische Sowjetregierung de jure anerkannt, sondern auch eine Entschließung angenommen, die besagt, daß alle zwischen den beteiligten Staaten strittigen Fragen künftig auf friedlichem Wege gelöst werden sollen.

Die deutschen Genua-Sachverständigen.

Berlin, 4. April. Der größte Teil des mit Einschluß der Wissenschaftler etwa 30 Personen umfassenden deutschen Sachverständigen-Gremiums wird in Berlin zur Verfügung der deutschen Vertreter in Genua bleiben. Nur eine aus acht Personen bestehende Sachverständigen-Kommission wird sich gleichzeitig mit den Reichsministern nach Genua begeben. Diese Kommission wird nach dem „B. T." wahrscheinlich folgende Personen umfassen: für Industriefragen den Vorsitzenden des Reichsverbandes der deutschen Industrie Geheimrat Bücher, sowie den Großindustriellen Hans Krämer, für Finanzfragen Staatssekretär a. D. Bergmann von der Deutschen Bank und Bankier Melchior, für den Industrie- und Handelstag den Präsidenten der Berliner Handelskammer Franz v. Mendelssohn, sowie den Vizepräsidenten Geheimrat Duisberg, für Verkehrsfragen Geheimrat Kuno, als achtes Mitglied der Kommission den früheren Reichswirtschaftsminister Wissell als Gewerkschaftsvertreter. Wahrscheinlich wird gleichzeitig mit den deutschen Delegierten und den genannten Sachverständigen auch Reichsbankpräsident Havenstein nach Genua reisen.

Noch nicht die geeignete Zeit für amerikanische Kredite.

London, 3. April. Die „Westminster-Gazette" meldet aus Washington: Nach Rückkehr von einer dreimonatigen Reise in Europa, die der Senator Owen zur Prüfung des Planes unternommen hatte, eine oder mehrere Zweigstellen der American Federal Reserve Bank auf dem Festlande zu errichten, um Kredite zur Wiederherstellung der mitteleuropäischen Industrie und des mitteleuropäischen Handels zu gewähren, erklärte der Senator: Der gegenwärtige Augenblick sei nicht geeignet, um diese Versuche zu beginnen. Amerika könne keine Unterstützung leisten, so lange nicht die mitteleuropäischen Staaten den übermäßigen Druck von Papiergeld einstellten, ihre Rüstungen herabsetzten und ihre Budgets ins Gleichgewicht brächten. Wenn diese Zeit gekommen sei, dann könne Amerika helfen, aber nicht eher. (W. T. B.)

Ein Lebensmittelkreditangebot Argentiniens.

Berlin, 4. April. Seitens Argentiniens ist ein Kreditangebot für Getreide und Fleisch an Deutschland erfolgt. Das Angebot unterliegt zunächst der Prüfung. Es ist fraglich, ob mit Rücksicht auf die Valutaverhältnisse und sonstigen Umstände darauf eingegangen werden kann.

Der russische Vorkriegsbotschafter in Berlin †

Berlin, 4. April. Hier ist heute früh der letzte Botschafter der russischen Zarenregierung in Deutschland, Swerbejeff, nach längerer Krankheit gestorben. Er war bis zum Kriegsausbruch Vertreter Rußlands in Berlin.

Vertrauensvotum auch für Poincaré.

Paris, 3. April. Die Kammer nahm nach Beendigung der Aussprache über die auswärtige Politik der Regierung mit 484 gegen 78 Stimmen eine Tagesordnung an, in der der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird.

Die von der Kammer angenommene Tagesordnung lautet: Die Kammer billigt die Erklärungen der Regierung. Sie vertraut darauf, daß die Regierung auf der Genueser Konferenz die Rechte und Interessen Frankreichs wahrt unter Bedingungen und mit Hilfe der Garantien, die im Memorandum der französischen Regierung vorgesehen sind. Die Kammer lehnt jeden Zusatz ab und geht zur Tagesordnung über. Diese Tagesordnung wurde durch Handaufheben angenommen. (W. T. B.)

Eine neue Schandtat im besetzten Gebiet.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Köln, 4. April. In Wahn bei Köln ist nach dem „Kölner Tageblatt" der Bauunternehmer Küster von einem französischen Besatzungssoldaten erstochen worden. Ueber den Hergang ist bis jetzt folgendes festgestellt worden: Französische Soldaten verlangten in einer Wirtschaft Schnaps, den der Wirt bestimmungsgemäß verweigerte. Küster, der französisch sprechen konnte, wollte den Soldaten begreiflich machen, daß der Wirt strafbar sei, wenn er den Schnaps ausschänke. Beim Hinausgehen wurde er dann von einem der Soldaten ohne weiteres durch einen Herzstich getötet. Soviel bekannt, ist der Täter bis jetzt nicht festgenommen worden.

Zum Falle Graff.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Brüssel, 4. April. Die belgischen Besatzungstruppen haben Befehl erhalten, die Stadt Duisburg und deren Umgebung mit einer größeren Truppenzahl zu besetzen. Einstweilen kommen nach Duisburg zwei Kompagnien Radfahrer und eine Maschinengewehrkompagnie. In der Umgebung der Stadt sollen 600 Mann Gendarmerie untergebracht werden. Weiter ist beabsichtigt, noch je ein Bataillon Infanterie nach Ruhrort und Meiderich zu legen. Außerdem ist an dieser äußersten Grenze des besetzten Gebietes eine strenge Kontrolle für den Reisendenverkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet in Aussicht genommen, worüber die Rheinlandkommission noch beschließen wird.

Brüssel, 4. April. Wie Brüsseler Blätter aus Duisburg zu melden wissen, ist der belgischen Behörde der Mörder des Leutnants Graff bekannt. Es soll ein gewisser Franz Abich sein, der früher der grünen Polizei angehörte, seit dem 30. März jedoch ausgetreten ist.

Endgültige Ablehnung des Kapp-Gesuches.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Leipzig, 4. April. Nachdem das Gesuch des Generallandschaftsdirektors a. D. Kapp um freies Geleit bereits von dem Untersuchungsrichter des Reichsgerichts abgelehnt worden war, ist es heute auch von dem ersten Strafsenat des höchsten Gerichtshofes, an den sich Kapp noch beschwerdeführend gewendet hatte, ablehnend beschieden worden. Der Bescheid ist nunmehr endgültig.

Stresemann über die letzte Kanzlerrede.

Hannover, 4. April. Auf einem Vertretertag der Deutschen Volkspartei im Wahlkreis Hannover—Hildesheim—Braunschweig sagte Dr. Stresemann u. a., die Deutsche Volkspartei habe, als sie die Rede des Reichskanzlers Dr. Wirth hörte, dieser in ihren ersten 4 Fünfteln ohne Einschränkung zustimmen können. Wer sie mit angehört habe, hätte ein Gefühl der Entspannung gehabt, endlich einmal von dieser Stelle energische Worte zu hören. Die Rede Wirths sei in der ganzen Welt als ein Nein aufgefaßt worden. Was sei nun wohl klüger: Sich hinter das Nein zu stellen und zu sagen, dahinter steht Deutschland, oder das Nein anzuzweifeln und zu sagen, es sei kein Nein. Diese Politik der Deutschnationalen sei töricht gegenüber dem Auslande in einem Augenblick, wo die englischen, amerikanischen und italienischen Zeitungen sagten: Wir müssen zusammenstehen gegenüber der Katastrophenpolitik gegen Deutschland.